

Wirtschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredaktor L. V. Julius Eibau.
Verantw. f. d. Gesamthalt abh. Handelst. V. Karl-Wolfgang
Pallap, Berlin. Für Rückh. unv. Manusk. ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Am Dönhof (A 7) 3600-3665,
für den Fernverkehr Am Dönhof 3606-3608. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbezahlkonto Berlin 660.

Frankreichs „bedrohte Sicherheit“

Maginot fordert neue Rüstungsmilliarden

Paris, 16. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Der französische Kriegsminister Maginot, der augenblicklich in Mittel zur See weilt, hat sich in einem Interview im „Journal“ über den augenblicklichen Stand der französischen Armees angeäußert. Das Meer sei ausschließlich die Schwäche eingeleitet, gegen es; deshalb aber dürfe man doch keine Expedition oder Besatzungsmacht zuzuführen. Der ehedem Friedenswille genüge heute nicht, um die Sicherheit zu garantieren. Die Befestigung der Dienstzeit auf ein Jahr habe leider die Schlagkraft des Heeres nicht gestärkt. Es sei überaus schwierig geworden, die Sicherheit zu garantieren mit einem zahlenmäßig verminderten und zum größten Teil aus unangeübten Rekruten bestehenden Heer. Es sei kein Zweifel, daß der Grenzschutz allmählich anwachsende Entwürfe einer wahren Mannschützen verfolge; ohne die Hilfe der Reservisten könnte er kaum einen plötzlichen Einbruch abwehren. Die Umgruppierung der Truppen und die weitere Ausstattung der Armees mit technischen Hilfsmitteln sei unbedingt notwendig, um die Lücken an Menschen auszufüllen. Doch dazu brauche man Geld, und so sei er genötigt gewesen, Jahrs Maginot, seine Kreditforderungen für das Budget von 1931 wieder kurz zu erklären.

tesch seiner Armees-Armees bedroht. Deutschlands Sicherheit ist nicht nur für Frankreich, sondern auch für eine Reihe anderer Mächte ansehend sein Problem. Dieses Verhältnis, das wir nicht durch ein allgemeines Beitritteln unter Beteiligung Deutschlands ausgleichen wollen, ist so tragisch, daß der französische Kriegsminister sich nicht darüber wundern kann, wenn das Echo seiner Äußerungen anders klingt als er es vielleicht erwartet hat.

Verschleppung in Thüringen

Das thüringische Gesamtkabinett hat, wie bereits gemeldet, beschlossen, das Urteil des Staatsgerichtshofes über die Polizeigefangen und über die Frage der Anstellung von Nationalsozialisten abzuwarten. Das Urteil ist nicht vor Oktober zu erwarten. Der Reichsgerichtshof hat die Nationalsozialisten mit ihrer Besetzungsmacht Erfolg hatten. Die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben sich wieder einmal gefügt. Es tragen die volle Mitverantwortung für das Regime. Auch in der Schulgesetzfrage soll ungeachtet des bekannten Staatsgerichtshofsurteils zunächst nichts geändert, angeblich weil dieses Urteil wieder der Regierung noch nicht zugegangen ist. Die gerichtliche Schulgesetzüberprüfung bleibt jedoch vorläufig noch in Kraft.

Die große Aktienrechts-Reform

Das Reichsjustizministerium hat den Entwurf für eine großartige Reform des deutschen Aktienrechts fertiggestellt. Ihr Hauptzweck ist, das vielfach geschwundene Vertrauen zum deutschen Aktienunternehmen wieder zu heben. Vereinfachte und übersichtliche Rechtsbestimmungen werden durch moderne Paragraphen, die den veränderten Wirtschaftsverhältnissen Rechnung tragen, ersetzt. Wir veröffentlichen den Inhalt des Entwurfs im Finanz- und Handelsblatt.

Belands Idee von der Zusammenlegung und Einkünfte Europas stellt zwar nicht offiziell auf der Tagesordnung der nächsten Weltkonferenz, sie wird aber ohne Zweifel den Hauptgegenstand der Genfer Besprechungen im September bilden. Hier bieten sich Wege und Möglichkeiten, dem Problem der „Sicherheit“ in Europa wirklich näher zu kommen.

Belands Ministerpräsident Maginot, leitete dieser allmählich anwachsende Entwürfe einer wahrhaftig unerschütterlichen Dienst, wenn er in seinen Äußerungen mit so starker Betonung auf die Ungültigkeit der französischen Armees für die Sicherheit Frankreichs hinweist. Wenn tatsächlich die Armees keine Sorge zu machen. Das französische Heer ist heute das stärkste und bestausgerüstete der Welt, denn die Menschenmassen, die die Armees umgeben, sind ebenfalls in ihrem militärischen Wert mit den französischen Armees nicht zu vergleichen.

Wenn also Frankreich endlich zurück vor seinen Nachbarn haben zu sollen meint, so ist das der beste Beweis dafür, daß auch die Willkür mehr, die Maginot nicht wieder für das Heer anfordern wird auch nicht die Sicherheit bringen werden; denn schon heute ist Frankreichs militärisches Übergewicht über jeden seiner Nachbarn — ganz zu schweigen von dem entwicklungsfähigen Deutschland — ungeheuer.

Aber noch ein anderes ist bemerkenswert an den Ansichten Maginots. Er verlangt nämlich und überdies ganz deutlich, daß trotz der französischen Armees die Sicherheit Frankreichs als gefährdet anerkannt werde. Bedenkt er denn nicht, was bewartige Äußerungen in dem entwicklungsfähigen Deutschland, das von gut gerüsteten Staaten umgeben ist, für einen Einbruch machen muß. Frankreichs Sicherheit ist

Wahl-Vorbereitungen

Das Wahllokal zwischen der Deutschen Volkspartei und Deutschen Volkspartei in Wittenberg und Baden ist endgültig zubehalten. Es wird von allen Anhängern eine Sammlung der Wahlzettel begehrt. Die Wahlzettel, die die Partei der Mitte selbst begehrt. Die Wahlzettel, die die Partei der Mitte selbst begehrt. Die Wahlzettel, die die Partei der Mitte selbst begehrt.

Das Wahllokal zwischen der Deutschen Volkspartei und Deutschen Volkspartei in Wittenberg und Baden ist endgültig zubehalten. Es wird von allen Anhängern eine Sammlung der Wahlzettel begehrt. Die Wahlzettel, die die Partei der Mitte selbst begehrt. Die Wahlzettel, die die Partei der Mitte selbst begehrt.

In Frankfurt a. M. sind die Universitätsprofessoren Giese und Dr. Strupp, der bekannte Völkerverfechter, aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten, unter Hinweis auf deren Reduktions. Professor Giese ist für die Volkspartei beigetreten.

Die aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen Konfessionellen Gruppen folgen bei dem Aufbau ihrer Organisation auf große Schwierigkeiten. So wird uns aus Rotburg gemeldet, daß die alte öffentliche Bekämpfung der Konfessionellen überwindend von Rüdiger Augustberg befehligt gewesen ist und einen ziemlich stürmischen Verlauf genommen habe. Nur eine

keine Gruppe blieb zurück, um einen konfessionellen Ortverein zu begründen.

Geldstrafen für Goebbels

In dem Prozeß gegen den nationalsozialistischen Führer Dr. Goebbels wegen Verleumdung der Reichsregierung fällt das Gericht heute Mittag folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Verleumdung der Reichsregierung zu 600 Mark Geldstrafe, erwähne sich zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt und dem Reichsanwalt wird die Verurteilung angeordnet, dieses Urteil zu veröffentlichen. In der Urteilsgründung führte das Landgerichtsbüro folgende Sätze an, daß sich der Angeklagte durch seinen Artikel vom 22. Dezember zweifelslos der Verleumdung des damaligen Reichskabinetts Müller schuldig gemacht habe. Dem Darlegungen des Angeklagten, daß seine Äußerungen sich nicht gegen die gesamte Regierung, sondern gegen ihre sozialdemokratischen Mitglieder gerichtet haben, konnte das Gericht nicht folgen.

In der zweiten Verhandlung wegen Verleumdung des früheren Reichskabinetts Goebbels wurde Goebbels von dem Schöffengericht zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Goebbels hatte das Gericht am Freitag wegen Befangenheit abgelehnt. Die große Strafkammer hatte die Ablehnung für unbegründet erklärt.

Am den Namen der Volkspartei

Die Klage eines Vereinsgründers

Die 3. Kreisvolkshilfe des Landgerichts II verhandelte am Samstag über die Klage eines Vereinsgründers „Reichsbrotbrot“ und Verlegers mit Namen Wilhelm Bauer, der seinen „Deutschen Volkspartei“ die Führung dieses Namens zu unterliegen. Die beantragte einstweilige Verfügung richtete sich gegen Rod-Weser, Küpper-Widhoff und Wahren, in deren Namen Reichswaldt Mitglied den Antrag stellte, vom gemeinschaftlichen Anwalt die Verlegung einer beglaubigten Vollmacht Salfens zu verlangen. Salfens, der sich Salfens nennt, ist unaufrichtig; der Antrag sei nicht von Salfens, die nur auf die Gelegenheit warten, seiner voll von Salfens. Die nur auf die Gelegenheit warten, seiner unaufrichtig ist nicht durchzuführen. Nachdem Reichswaldt Voll bestimmt erklärt hatte, seine Vollmacht von Salfens nicht erhalten zu haben, wird der Antrag des Reichswaldts Ribbel abgelehnt.

Die Klage eines Vereinsgründers und Reichswaldts wurde am Samstag im Landgericht II verhandelt. Die Klage eines Vereinsgründers und Reichswaldts wurde am Samstag im Landgericht II verhandelt. Die Klage eines Vereinsgründers und Reichswaldts wurde am Samstag im Landgericht II verhandelt.

Kanadische Einwanderungssperre

Wegen der Arbeitslosigkeit

New York, 15. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Der Einwanderungsminister des neuen konservativen Kabinetts in Kanada, Gordon, hat bekanntgegeben, daß die neue Regierung eine konsequente Einwanderungspolitik betreiben werde. Nur allen soll jene Einwanderung vom europäischen Kontinent verboten werden, die nicht die Qualifikation, die Erfahrung und genügende Geldmittel zur Niederlassung nachweisen können, sowie Verwandte von Bewohnern Kanadas sollen in Zukunft ins Land gelassen werden. Kontinente und Ostafrika werden von den neuen Bestimmungen nicht getroffen, ebenso Einwanderungsbüros, deren Gelde bereits laufen.

Der Minister kündigte an, daß die Einwanderungssperre, die wegen der großen Arbeitslosigkeit notwendig ist, so lange bestehen bleiben werde, bis auf dem Arbeitsmarkt eine Besserung eingetreten sei; auch dann werde eine gewisse Beschränkung der Einwanderung unumvermeidlich sein.

„R 100“ wieder daheim

London, 16. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Das Luftschiff „R 100“, das in der Nacht zum Donnerstag in der kanadischen Stadt Montreal aufgetrieben war, ist heute Vormittag kurz nach 11 Uhr in Großbritannien gelandet. Zum Empfang hatten sich der britische Luftschiffkommandant Lord Thomson und der Direktor für zivile Luftfahrt Sir Gordon Brander eingefunden. Das Schiff hatte heute morgen um 3.45 Uhr nach Überquerung des Ozeans die irische Küste bei Corc erreicht und dann über England, auch über London, mehrere Etappenflüge angeführt.

Die Leistung des englischen Luftschiffs und seines Führers Major Bost ist ganz ausgezeichnet. Trotz heftiger Stürme, Verfolgung der Seewarner auf dem Hinflug und eines Sturzes vor dem Start zur Rückfahrt, sind die flügge Plannschiffe verblieben. Das ist um so anerkennenswerter, als die Plannschiffe, die zum größten Teil der Fliegertruppe entnommen war, sich erst auf die neue Tätigkeit im Luftschiff umstellen mußte.